

# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei jeder Zustellung ins Haus monatlich 20.— Mk., vierteljährlich 50.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Abbestellungspreis: Die Begehrteste Seite 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach Def. Tarif, die Begehrteste Seite 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis Ende März. — Postfachnummer Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 58

Donnerstag, den 9. März 1922

13. Jahrgang

## Unabhängiger Angriff gegen Finanzminister Hermes.

Der bisherige Reichsernährungsminister Hermes, der seit einiger Zeit das Reichsfinanzministerium mitverwaltet, sollte in diesen Tagen endgültig zum Reichsfinanzminister ernannt werden. Hermes ist Vertrauensmann des rechten Zentrumsflügels und wurde auch von den Rechtsparteien unterstützt, da er in seiner ganzen Amtstätigkeit stets nach Möglichkeit die Interessen der Rechtsparteien wahrgenommen hat. Noch vor wenigen Tagen hatte Hermes die endgültige Befehle des Finanzministeriums gefordert, da er dieses sowohl als auch das Ernährungsministerium nicht auf die Dauer verwalten könne. Reichskanzler Brüning schien entschlossen zu sein, den ihm politisch nicht nahestehenden Parteifreund zum Finanzminister zu ernennen.

Damit wird es nun aber wohl vorbei sein. In ihrer gestrigen Abendausgabe veröffentlichte die Berliner „Freiheit“ schwere Anschuldigungen gegen Dr. Hermes. Nach den Angaben der „Freiheit“ soll der Minister hervorragende Weine in großer Menge zum 15. bis 20. Teil des Handelspreises von einem Winerverband bezogen und sich durch besonders gute Behandlung des Verbandes dafür erkenntlich gezeigt haben. Eine Berliner Korrespondenz glaubt die Mitteilungen der „Freiheit“ bestätigen zu können und will weiter erfahren haben, daß Dr. Hermes im April 20, also unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Minister von dem Winerverband für Mosel, Saar und Ruwer 200 Flaschen Wein, dessen offizieller Handelspreis 35—60 Mark die Flasche betrug, für 3 Mark die Flasche bezogen, also etwa 7000 Mark bei dieser Lieferung erspart habe.

Die „Freiheit“ veröffentlicht als Beweisstück ihrer Behauptung einen Brief des genannten Winerverbandes an Regierungsrat Jaffee-Berlin, in dem sich der Verband bereit erklärt, 110 Flaschen Wein verschiedener Marken, die Flasche zu 3 Mark, an den Minister sofort abzugeben. Eine der sozialdemokratischen Partei nahestehende Parteikorrespondenz teilt weiter mit, daß die sozialistischen Parteien des Reichstages bereits in der nächsten Reichstagsitzung wegen der Veröffentlichungen der „Freiheit“ einen Schritt zu unternehmen gedenken.

Der erste Erfolg der Veröffentlichungen der „Freiheit“ war der, daß die beabsichtigte Ernennung Hermes nicht vollzogen wurde. Es ist möglich, daß dadurch die Verabschiedung der neuen Steuergeetze verzögert wird, da die Deutsche Volkspartei an ihre Zustimmung zum Steuerkompromiß u. a. die Bedingung geknüpft hat, daß Dr. Hermes endgültig zum Reichsfinanzminister ernannt wird.

Die „Kote Fahne“ veröffentlicht ein Schreiben der kommunistischen Partei an die USPD, in dem diese zu gemeinsamem Vorgehen gegen das Steuerkompromiß aufgefördert wird. Neben dem parlamentarischen Vorgehen sollen Massenversammlungen und Massendemonstrationen als erster Schritt in dem anteparlamentarischen Kampf in Betracht kommen. Die USPD hat erklärt, daß das Zentralkomitee der Partei sich mit den Vorschlägen des Briefes in einer Sitzung befassen werde.

## Glänzender Verlauf der Leipziger Messe.

Am Abend des vierten Messtages hat die Gesamtzahl der rein geschäftlichen Besucher, an die Dauerweise für beliebige häufigen Besuch der Frühjahrsmesse ausgegeben waren, 135 000 überschritten. Es ist dies eine Zahl, die bei früheren Messen erst am Schluß erreicht worden ist. Ob es sich diesmal um eine außerordentliche Zusammenballung des Verkehrs auf die ersten Tage handelt, läßt sich noch nicht sagen. Das Messegeschäft ist auch am gestrigen Mittwoch recht lebhaft. Auch in der technischen Messe hält der Besuch unverändert an. Das Geschäft in Werkzeugmaschinen ist, soweit überhaupt noch Orders gebucht werden, andauernd lebhaft. Auch bei Wagen- und Prüfmaschinen, bei denen das Geschäft erst später eingesetzt hat, entwickelt es sich zufriedenstellend. Ebenso kann man bei allen andern Abteilungen von einem guten Geschäft sprechen.

## Deutsch-Oesterreichs Vereinigung mit Deutschland

Im Anschluß an einen Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Walter Schilling heute auf Einladung der Sozialistischen Gesellschaft in Wien über Anschluß,

Selbstbestimmung und Völkerbund hielt, erklärte der Vorsitzende der Gesellschaft in seinem Dankwort an Dr. Schilling, daß der Anschluß Oesterreichs an Deutschland nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechts Oesterreichs durch den Völkerbund erfolgen könne. Die Ehre des Völkerbundes aber hänge davon ab, ob er sich auf die Dauer dem Verlangen des deutsch-oesterreichischen Volkes auf Anschluß an Deutschland entziehen werde oder nicht.

## Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Parteiaussschuß hat laut „Vorwärts“ in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Parteitag der SPD. für die zweite Septemberhälfte nach Augsburg einzuberufen.

Der Parteiaussschuß beschloß ferner, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Der Verkehr soll aber wie an Sonntagen aufrechterhalten werden. Ueber gemeinschaftliche Feiern mit den Unabhängigen sollen die einzelnen Organisationsstellen entscheiden. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten komme nicht in Frage.

## Intervention der Ententebotschafter in Warschau.

Dienstag mittag erschienen die Gesandten Frankreichs, Großbritanniens und Italiens beim Außenminister Skirmunt und legten ihm im Namen ihrer Regierungen dar, daß die Zustimmung des polnischen Sejms zu einer Annexion des Wilnaer Landes im Auslande eine für Polen äußerst ungünstige Wirkung zeitigen würde. Skirmunt versprach, diese Erklärung den zuständigen Stellen zu übermitteln. Abendstrat der Sentorenkonvent erneut zusammen, um über die Regierungskrise zu beraten. Dabei sprachen sich Vertreter, welche eine Mehrheit des Sejms repräsentieren, gegen die Stimmen der vier Rechtsparteien für eine Rekonstruktion des Kabinetts Ponirowski aus. Der Staatschef Pilsudski empfing den Ministerpräsidenten Ponirowski in zweistündiger Audienz und empfahl ihm, auf dem bereits bekannten Standpunkt in der Wilnaer Frage zu beharren.

## Keine Erweiterung der bayerischen Regierungskoalition.

Die „München-Mugsburger Abendzeitung“ meldet: Der Fraktionsvorsitzende der bayerischen Volkspartei Abgeordneter Feld hat im Auftrage seiner Fraktion den Fraktionsvorsitzenden der bayerischen Mittelpartei und der deutschen Volkspartei mitgeteilt, daß die Verhandlungen über eine Erweiterung der bestehenden Koalition durch Aufnahme der bayerischen Mittelpartei und der deutschen Volkspartei am Widerspruch der Demokraten gescheitert sind.

Auch wenn die Deutschnationalen nicht in der bayerischen Regierung sitzen, ist die Politik dieser Regierung ganz im reaktionären Fahrwasser.

## Die Neuregelung der Beamtenbesoldung in Deutschland.

Die Kommissionsberatungen der Spitzenverbände der Gewerkschaften über die neue Teuerungstabelle der Beamten haben gestern begonnen. Die Besprechungen sollen heute fortgesetzt werden, um eine Basis für die am Freitag mit der Regierung beginnenden Verhandlungen zu finden. Sowohl im Reichsfinanzministerium als auch in den Reihen der Gewerkschaftsvertreter besteht demnach der Wunsch, die Zulagen für die Beamten stufelförmig zu gestalten. Die Gehaltserhöhung soll in der Weise durchgeführt werden, daß diesmal besonders die Angehörigen der mittleren und unteren Gehaltsklassen berücksichtigt werden.

## Wiederbeginn der türkisch-griechischen Kämpfe.

London, 8. März. Die „Times“ berichtet, daß an der Esti-Schahir-Front der Kampf wieder aufgenommen worden sei. Es habe auf beiden Seiten Verluste gegeben.

56,10 Mark für einen Taler. Die Reichsbank gibt bekannt, daß der Antaufspreis für Reichsilbermünzen mit Wirkung vom 6. März d. Js. ab vorläufig auf den 17fachen Betrag des Nennwertes erhöht wird. Für einen Taler werden auf Grund seines höheren Silbergehaltes 56,10 Mark gezahlt.

## Der gekrönte Narr.

„Und Sie gratulieren mir, Sie als Psychiater?“

Im Verlage von Duncker u. Humblot ist ein Buch erschienen, das den Titel: „Die Tragödie des Deutschen Reiches“ trägt. Bestimmten Mitteilungen zufolge gehört der Verfasser zum Kreis der hohen deutschen Generalität. Das Buch enthält ein ungeheures Material über den machtpolitischen Wahnsinn des kaiserlichen Deutschland und dürfte gerade denjenigen, die über die Frage: „Monarchie oder Republik?“ noch immer im unklaren sind, manchen Zweifel lösen. Uns interessiert für heute besonders das Kapitel, das sich mit dem Geisteszustand des letzten Hohenzollernkaisers beschäftigt. Wir entnehmen ihm folgende Stellen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen. (Neb.)

Wilhelm II. ist erblich belastet. Sein Großonkel Friedrich Wilhelm IV. starb in völliger geistiger Unmündigkeit. Wilhelm selbst hatte einen Ohrenausfluß, dessen Diagnose im speziellen nie bekannt gegeben wurde (worauf sich wohl die Behauptung stütze, er sei hereditär-mentally krank), von dem aber sein eigener Leibarzt in den achtziger Jahren dem Direktor der Gothaer Lebensversicherungsbank gesagt haben soll: „... sein Ohrenausfluß ist unheilbar und wird eintrifft mit

## Erkrankung des Gehirns

enden.“ In dieser Äußerung scheint noch ein Stück Optimismus gelegen zu haben, denn die Erkrankung des Gehirns war schon vor Eintritt der Regierung vorhanden. Kaiser Friedrich selbst hat seinen Sohn für so gut wie geisteskrank erklärt. Bei der Mündigkeitserklärung Wilhelms, 1877, sagte er zum Rektor der Berliner Universität: „Und Sie gratulieren mir, Sie als Psychiater?“ und zu einem anderen Herrn:

„Nieber Graf, gratulieren Sie mir nicht, denn der wird nie reif, nie mündig!“

Eine Reihe von niemals veröffentlichten ärztlichen Gutachten sprach sich dahin aus, daß eine Entmündigung des Kaisers notwendig sei, aber das deutsche Volk fand nie die Kraft, den sehr richtigen Plan konservativer Abgeordneter, 1908 durch den Bundesrat die Entmündigung vornehmen zu lassen, mit der Wucht der öffentlichen Meinung zu stützen.

Nur zwei Aerzte sind bisher mit ihrer Ansicht über den Kaiser mutig, aber nicht begründet genug hervorgetreten: Dr. Tesdorpf und Dr. Forel. Professor Dr. Friedländer konnte daher schreiben: „Ob wir bei Wilhelm II. das Bestehen einer ausgebildeten Abweichung annehmen wollen und dürfen, wie dies Tesdorpf und Forel in flüchtiger Form ohne wirkliche Beweisführung tun, muß dahingestellt bleiben. Für ein solches abschließendes Urteil fehlt es noch die lückenlosen Unterlagen. Soviel aber scheint erwiesen,

daß er einen hochgezüchteten Entarteten darstellt, dessen freie Willensbestimmung aussern ebenso stark vermindert war, wie die mit ihr zusammenhängende Zurechnungsfähigkeit.“

Jedem, der mit ihm zu tun hatte, wird der geradezu hysterische Rededrang des Monarchen aufgefallen sein. Er läßt sich jemandem zum Vortrag über irgendein Gebiet kommen, fängt aber sofort zu reden an und entläßt den Verblüfften, ohne daß dieser ein Wort hätte sagen können. Die Reden Kaiser Wilhelms haben ihn und ganz Deutschland auf der Welt lächerlich gemacht und dem Ansehen des deutschen Volkes schwer geschadet. In diesen Reden zeigte sich nun aber auch ein ausgeprägter Größenwahn und eine krankhafte Mystik. Die Selbstüberhebung des Kaisers kannte keine Grenzen. Jeder Widerspruch wurde mit Entlassung bestraft; nur der Schmeichler fand Gehör. Als Wolke das Amt des Generalstabschefs, zu dem er nicht taugte, in anerkennenswerter Selbsterkenntnis nicht annehmen wollte, sagte der Kaiser:

„Das höchste (!) Friedensarbeit machen Sie schon, und im Krieg helfe ich Ihnen.“

Dabei war des Kaisers strategische Veranlagung so gering, daß bei den großen operativen Übungen im Generalstab, bei denen er „führte“ und „geminne“ wurde, die einsichtigen Offiziere in Verzweiflung gerieten. Ein hoher Generalstabsoffizier schrieb nach einem solchen Abend in sein Tagebuch: „Es war furchtbar. Wenn dieser Mann (Kaiser) unsere Heere im nächsten Kriege führt oder auch nur in die Führung hineinredet, so gehen wir einer sicheren Niederlage entgegen.“ Das gleiche Bild in den Kaisermandevren! Waldsee wurde sofort verbannt, weil er sich ein leises Wort der Kritik erlaubte.

Wilhelm II. mit dem Feldherrnstab posierend auf einem dreiflügeligen Pferd

vor einer in vollkommen unnützlichem Maße attackierenden Kavalleriedivision: das war das kaiserliche Bild in der militärischen Operette, die immer mehr in Paraden, Manövern und sonstigen militärischen Schaustellungen herrschte.

Seine militärische Umgebung war ängstlich und wagte keinerlei Widerspruch. Auch Schlieffen bildete hier keine Ausnahme. Er pflegte in der Frage, ob der Kaiser in Manövern führen solle, zu sagen: „Man kann im Zweifel



## Keine ausreichende Hilfe für die Invaliden.

### Neue Zulagen für Beamte und Angestellte bewilligt.

In der gestrigen Volksstagsitzung handelten die bürgerlichen Parteien wieder einmal nach dem Sparfahrscheinsprinzip, das sie überall dort zur Anwendung bringen, wo es sich um Ausgaben für die breiten Volksmassen handelt. Zur Beratung stand ein Gesetzentwurf zur Unterstützung der Rentenempfänger. Der Ausschuss hatte die jährlichen Unterstützungssätze auf 3000, 2100 und 1200 Mark festgesetzt. Von kommunalistischer Seite war die Erhöhung dieser Sätze um 100 Prozent beantragt worden und sowohl die beiden sozialistischen Parteien als auch die beiden Bilden sprachen sich sehr warm für diese Anträge. Aber in diesem Falle war wieder einmal kein Geld da und der Bürgerblock stimmte die Verbesserungsanträge brutal nieder. Vorher setzten die bürgerlichen Parteien ein Wettlaufen um die Gunst der Beamten in Szene, ohne dabei natürlich an wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Not der unteren Beamtenschaft zu denken.

## Vollziehung des Volkstages

am Mittwoch, den 8. März 1922.

Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Präsident mit, daß ein Verwaltungsausschuß neugebildet worden ist. Den Vorsitz stellt die Deutsche Partei. Die Vorlage zur

### Abänderung des Beamtendienstvertragsgesetzes

ist vom Ausschuss ohne Änderung an den Volkstag zurückgegeben worden.

Abg. Philipsen (Dmitl.) erklärte, daß diese Gesetzesvorlage nur eine Etappe auf dem Wege zur Neuregelung der Beamtenbesoldung sei. Redner wünscht, daß sich die Bezüge der Beamten automatisch der Teuerung anpassen: Sobald Deutschland den Beamten Gehälter zahlt, müsse der Senat die gleichen Summen vorschußweise an die Danziger Beamten zahlen.

Abg. Brieskorn (wiltb) vertritt die Ansicht, daß das Anpassen an die deutsche Gesetzgebung falsch ist, weil Danzig andere wirtschaftliche Verhältnisse hat. Man möge jeden Monat den Teuerungsindex feststellen und danach den Teuerungszuschlag zahlen.

Abg. Gen. Müller erklärte, daß die Sozialdemokratische Fraktion dem Gesetz zustimme. Die Sozialdemokratie ist stets dafür eingetreten, daß die Beamten das erhalten, was notwendig ist zum Leben.

Abg. Man sprach sich gegen die Vorlage aus. Sie sei höchst ungerecht, weil die höchsten Beamten mit auskömmlichen Gehältern die gleichen Summen erhalten, wie die schlecht bezahltesten Beamten.

Abg. Rahn (N.) hatte erwartet, daß im Ausschuss eine gerechte Staffelung der Zulagen erfolgte. Sämtliche Abänderungsanträge wurden jedoch abgelehnt. Redner beantragt deshalb, daß die Beamten in Gruppe 1—8 6000 Mark, die in Gruppe 9 und 10 3000 Mark erhalten und die übrigen leer ausgehen. Die jetzigen Zahlungen dürfen nicht auf Vorschusszahlungen verrechnet werden.

Senatsvizepräsident Dr. Zichm teilte mit, daß in Deutschland über Zahlung von Wirtschaftsbekleidungen an Beamte verhandelt wird. Sobald darüber Näheres bekannt wird, legt der Senat dem Hauptausschuß entsprechende Vorschläge vor. In der Zurückzahlung der Vorschüsse soll eine Milderung eintreten durch eine Staffelung der Zurückzahlungen. Deckung der Vorschüsse müsse jedoch erfolgen. Die jetzt bewilligten Summen sollen nicht auf Vorschüsse angerechnet werden, jedoch alle zukünftigen Gehaltsverhöhungen.

Abg. Friedrich (D. P.) hat den Abg. Rahn, seinen Antrag zurückzuziehen und ihn erneut im Hauptausschuß zu stellen.

Der Antrag Rahn wurde nicht zurückgezogen, jedoch in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 28 Stimmen, bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Das Gesetz wurde darauf in 2. Lesung verabschiedet. Auf Antrag fand sofort die dritte Lesung statt, die Deutsche Partei legte hierbei eine Entschließung vor, in der der Senat aufgefordert wird, die in Deutschland und Preußen erfolgenden Gehaltsverhöhungen mit dem gleichen Zeitpunkt auch in Danzig zu zahlen.

Abg. Friedrich (D. P.) begründete die Entschließung damit, daß die Gehaltsverhöhungen in Danzig stets 4 bis 6 Wochen später als in Deutschland erfolgen, zum Schaden der Beamten.

Abg. Man (U.S.P.) lehnte die Entschließung ab. In Danzig stehen durch die Zollgesetzgebung große wirtschaftliche Umwälzungen bevor, deshalb kann die deutsche Gesetzgebung nicht immer maßgebend sein.

Abg. Matzkewitz (wiltb) wies daraufhin, daß weite Beamtentreise wünschen, daß die ersten beiden Raten der 2000 Mark noch vor dem 1. April gezahlt werden.

Senatsvizepräsident Dr. Zichm erwiderte, daß diesen Wünschen Rechnung getragen wird.

Der Antrag Rahn war zur 3. Lesung erneut gestellt und wurde gegen die Stimmen der Linken und Polen und einiger bürgerlicher Abgeordneter abermals abgelehnt. Das Gesetz wurde darauf in 3. Lesung endgültig angenommen. Die Entschließung fand gleichfalls Annahme.

### Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die

### Zahlung der Differenzbeträge an die Eisenbahnarbeiter.

Bei Einführung der einheitlichen Ortsklasse erhielten sämtliche staatlichen und kommunalen Beamten, Angestellte und Arbeiter Nachzahlungen, mit Ausnahme der Eisenbahnarbeiter. Der Hauptausschuß beschloß einstimmig, daß auch den Eisenbahnarbeitern die Differenzbeträge zu zahlen sind. Der Volkstag trat einstimmig diesem Beschlusse bei. Das Haus beschäftigte sich alsdann mit dem Gesetzentwurf betr.

### Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Renteneempfängern.

Nach dem Gesetz sind die Gemeindefürsorgeämter verpflichtet, die Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung so zu erhöhen, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von dreitausend Mark, einer Witwen- oder Witwenrente den Betrag von zweitausendhundert Mark, einer Waisenrente den Betrag von eintausendhundert Mark erreicht. Hat der Rentenempfänger Kinder unter 14 Jahren, so erhöht sich die Grenze des Jahreseinkommens für jedes Kind um 500 Mk.

Abg. Rokowski erstattete Bericht über die Ausnahmeverhandlungen. Im Ausschuss wurden die Verbesserungsanträge der Linken abgelehnt. Angenommen wurden dagegen der Antrag, die Invaliden der Staatsbetriebe in das Gesetz aufzunehmen. Das Gesetz bringt den Invaliden eine kleine Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

Abg. Schmidt (N.) erklärte, daß ein Jahreseinkommen von 3000 Mark nicht zur Verteilung der Lebensbedürfnisse reicht. Er beantragte das Jahreseinkommen einer Invaliden- oder Altersrente auf 6000 Mark, die Witwenrente auf 4000 Mark und die Waisenrente auf 2400 Mark zu erhöhen.

Abg. Gebauer (U.S.P.) betonte, daß die Vorlage nicht weit genug geht. Durch die Erhöhung der Beiträge für die Invalidenversicherung im Oktober hatten die Versicherungsanstalten eine Mehreinnahme von 6 Milliarden Mark, die Mehrausgaben betragen jedoch nur 3 Milliarden Mark. Die Mehreinnahme hätte den Renteneempfängern zugute kommen müssen. Die Renten hätten nicht in der gleichen Weise wie die Beiträge gestiegen. Das Versicherungswesen ist zusammengesunken, denn die Versicherten müssen jetzt die soziale Fürsorge in Anspruch nehmen.

Abg. Brieskorn (wiltb) betonte, daß das Gesetz gerecht denkenden Menschen enttäuscht, denn die vorgesehene Renten sind viel zu niedrig. Die Renten für die Arbeitsinvaliden müssen ebenfalls dem Teuerungsindex angepasst werden, wie dies für die Beamten gefordert wird.

Abg. Matzkewitz (wiltb) erklärt die Vorlage ebenfalls als völlig unzureichend. Gegenüber dem deutschen Gesetz enthalte sie gar Verschlechterungen, denn hier könne für jedes Kind nur 500 Mark angerechnet werden, während nach dem deutschen Gesetz für das 4. und jedes weitere Kind 600 Mark auf das Gesamteinkommen angerechnet werden. Die Invaliden hätten ein Grauen vor den Ermittlungen der Armenpfleger. Es sei dringend erwünscht, daß die Erkundigungen mit dem nötigen Eifer vorgenommen werden. Die Invaliden haben den Wunsch, daß die Rente monatlich gezahlt wird. Redner wies darauf hin, daß es in weiten Kreisen der Bevölkerung unangenehm empfunden wird, daß die Berufsbeamten in den bürgerlichen Parteien die Anträge niederstimmten, die von der Linken im Interesse der Winderbemittelten gestellt werden.

Senator Dr. Schwarz wendet sich gegen die kommunistischen Anträge. Sie liehen sich mit dem Staatswohl und den Staatsfinanzen nicht in Einklang bringen. Die Senatsvorlage erfordere eine Mehr-Ausgabe von 24 Millionen Mark. Bei Annahme der kommunistischen Anträge werde sich die Summe auf 50—55 Millionen Mark steigern. Eine solche Belastung könnten die Staatsfinanzen nicht tragen. 3000 Mark reichten zwar nicht zum Leben, aber in Friedenszeiten hätte von einer jährlichen Rente von 150 Mark auch niemand leben können. Gegen die Erhöhung des Gesamtjahreseinkommens um 600 Mark für das vierte und jedes weitere Kind sei nichts einzuwenden. Die Ermittlungen über die Bedürftigkeit sollen so schonend wie möglich erfolgen. Es ist beabsichtigt, die Rente monatlich zu zahlen.

Abg. Gen. Rokowski erklärt, daß ein Jahreseinkommen von 3000 Mark entschieden zu wenig ist. Deshalb haben die sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuss beantragt, die Summe auf 5000 Mark zu erhöhen. Der Antrag wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt, weil angeblich keine Deckung für die Ausgaben vorhanden ist. Wenn Besitz und Vermögen wie in Deutschland zur Steuer herangezogen würden, bräuchten die Invaliden nicht dem Hungertode ausgeliefert zu werden. Die Erhöhung der Renten entspricht in keiner Weise dem gesunkenen Geldwert. Bei den bürgerlichen Parteien habe man sich jedoch geeinigt, über die vorgeschlagenen Sätze nicht hinauszugehen. Die rapide Steigerung aller Preise wird es jedoch notwendig machen, spätestens im April die Renten erneut zu erhöhen, deshalb wäre es zweckmäßig, gleich höhere Renten festzusetzen. Um der vollständigen Verelendung der Invaliden vorzubeugen, wird die Sozialdemokratische Fraktion den kommunistischen Anträgen zustimmen.

Die Aussprache war damit beendet. Der Antrag bezüglich der Heraussetzung der Rente bei den kinderreichen Familien wurde angenommen. Die kommunistischen Anträge wurden in namentlicher Abstimmung mit 37 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Das gesamte Gesetz wurde alsdann in 2. und 3. Lesung verabschiedet.

### Das Gesetz über die

### Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung,

das eine Erhöhung der Renten mit sich bringt und eine neue Grundlage für Rentenberechnung festsetzt, wurde ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen. Das Gesetz über die Inanspruchnahme von Gebäuden und Wohnungen wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Ohne Debatte wurden alsdann in 2. und 3. Lesung verabschiedet: Das Gesetz betr. Rentenverteilungs- und Fortschreibungsgebühren (Grundstücksverkehr), das Gesetz über die Pfändung von Wohnungen (Wohnpfändungsgrenze: 12 000 Mark) und das Gesetz über die Pfändung von Gehaltsansprüchen (Pfändungsgrenze: 12 000 Mark).

Die Tagesordnung war damit erschöpft. Nächste Sitzung heute nachmittags 3 Uhr.

## Danziger Nachrichten.

### Neue Tarifvorlage der Bauarbeiter.

In einer am gestrigen Tage im Werkspellschhaus tagenden außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes erklärte Kollege Brill den neuen Tarifentwurf. Am 31. März läuft der alte Tarifvertrag ab. In dem neuen Tarifvertrag ist laut Beschluß der Generalversammlung das Mitbestimmungsrecht der Bauarbeiter auf den Baustellen und in den Betrieben zu erwirken. Ebenso ist zur Heranbildung eines guten Nachwuchses die Regelung des Lehrlingswesens zu verlangen und auch die Ferienfrage ist für Danzig zu lösen. Diesen Forderungen trägt der neue Entwurf, der sich an den alten Vertrag anlehnt Rechnung. Außerdem verlangt der Entwurf, daß jeder Bedarf an Arbeitskräften durch den kommunalen Arbeitsnachweis zu decken ist. Der Redner behandelte dann jeden Absatz des Entwurfs gesondert und erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß selbstverständlich noch viele Wünsche und Forderungen ungenannt geblieben sind und zurückgestellt werden mußten, das liegt aber nicht an dem bösen Willen der Leitung, sondern an den Verhältnissen. Sodann behandelte der Redner die Lohnfrage und machte den Vorschlag, unsere alte Forderung, in Danzig die deutschen Löhne einzuführen, aufrecht zu erhalten.

Nach einer ergiebigen Aussprache, in der sehr viele berechtigete Wünsche und Forderungen für den Vertrag vorgebracht wurden, beschloß die Versammlung, die Vorlage der Vertrauensmännerversammlung, wie sie der Referent begründet hatte, anzunehmen.

### Ein Amerika-Dampfer in Sturm und Eis.

Der amerikanische Dampfer „West Chata“ verließ am 21. Januar mit 4800 Tonnen Getreide Baltimore mit dem Reiseziel Falmouth, um von hier weitere Angaben zu erhalten. Von hier wurde die Fahrt nach Danzig fortgesetzt, wo der Dampfer am 1. März eintraf. Auf der Reise ereignete sich eine Reihe von Unfällen, die der Kapitän Cuortney in der Berichterstattung in Danzig befandete. Am 31. Januar begann schwerer Seegang auf dem Ozean, der bis zum Vordrücken reichte und die Bedeckung eines Rettungsbootes über Bord spülte. Am 1. Februar verstärkte sich der Sturm zum Orkan. Rettungsboote wurden beschädigt und die Vordrücken wurden über Bord gespült. Eine schwere Sturzwelle nahm auch einen Matrosen mit ins Wasser. Dies wurde bemerkt und es wurden ihm sofort Rettungsgürtel nachgeworfen und der Dampfer wurde gestoppt. Aber in wenigen Minuten war der Matrose außer Sicht und verloren, die See hatte ihn verschlungen. Der Dampfer setzte die Fahrt fort. Treppen und Geländer wurden zertrümmert. Am 3. Februar starb der erste Maschinist und am nächsten Morgen erfolgte die Wasserbestattung der Leiche. In Falmouth wurde der Dampfer wieder ausgebessert. Am 11. Februar geriet der Dampfer in weite Eisfelder und es wurde durch drahtlose Telegraphie in Brunsbüttel angefragt, ob die Einfahrt gestattet wird, die jedoch verweigert wurde. Dann setzte das Schiff die Fahrt mit dem Ziel Hamburg fort. Der Dampfer geriet aber in schweres Packeis und wurde zum Stillstand gebracht. Nach einem Tage wurde er wieder frei und die Fahrt konnte fortgesetzt werden. In Hamburg bemerkte man, daß eine Platte des Schiffes eingedrückt war. Als der Dampfer dann an den Kieler Kanal kam, stellte sich heraus, daß die Fahrtrinne im Eise für das Schiff nicht breit genug war. Die Verbreiterung mußte also vorgenommen werden. Vor Arkona lag das Schiff wieder in den Eisfeldern fest. Am 27. Februar kam noch dicker Nebel hinzu. Am 28. Februar kam das Schiff wieder frei und fuhr am nächsten Tage in Neufahrwasser ein. Aber auch im Hafen wurde das Schiff von einem Unfall heimgesucht, indem es mit dem holländischen Dampfer „Hollandia“ zusammenstieß, wobei eine Platte verbeult wurde. Die Ladung ist nicht beschädigt worden.

### Sparbarkeit

### in der Verwaltung der Gewerkschaften.

Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird sich nicht allein nur mit gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen befassen müssen, sondern auch die Frage der Sparbarkeit in der Verwaltung zu ventilieren haben. Infolge der immer fortwährenden Teuerung sind neben den persönlichen auch die sächlichen Ausgaben für die Verwaltung ins Ungeheure gestiegen. Druckkosten nehmen nicht nur in der Zentralverwaltung jeder Gewerkschaft einen ganz beträchtlichen Betrag in Anspruch, sondern auch die einzelnen Ortsgruppen haben in dieser Beziehung ebenfalls große Ausgaben. Da muß nun die Frage laut werden: Auf welche Weise reduzieren wir diese Ausgaben?

Die Uebertritte aus anderen freien Gewerkschaften und die Uebertritte nach anderen freigewerkschaftlichen Organisationen haben einen fast ungläublichen Umfang angenommen. In der Danziger Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes sind im Kalenderjahr 1921 bei einem durchschnittlichen Mitgliederbestand von 2000 Mitgliedern allein 320 Personen von 1 und 382 Personen nach anderen dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund angehörenden Verbänden übergetreten. In anderen Verbänden ist es nicht besser bestellt. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband zählte im Jahre 1920 bei 578 357 Mitgliedern 60 124 Uebertritte. Die Zahl der Uebertritte nach anderen Organisationen ist leider nicht angegeben. Im Deutschen Bauarbeiter-Verband kamen im Jahre 1920 50 106 Mitglieder aus anderen Verbänden und 58 394 gingen wieder zu anderen Verbänden ab. Der Holzarbeiter-Verband zählte 30 132 Uebertritte, der Zentralverband der Angestellten fast die gleiche Zahl. Ein wesentlicher Teil dieser Uebertritte erfolgt von und nach freien Gewerkschaften. Den Uebertrittenden werden jedesmal die alten Mitgliedsbücher abgenommen und neue ausgestellt. Durch die infolge der Uebertritte anzustellenden neuen Mitgliedsbücher muß den Gewerkschaften eine Unmenge von

**Kassaden.** Die Durchführung eines Mitgliedsbuches wird...  
Bedeutung nicht unter 10 Mk. erfolgen. Bedeutet man nun,  
nach vorstehenden Angaben berechnet, mehr als eine  
halbe Million Freigewerkschaftler innerhalb eines Jahres  
von einem Verband zum andern wandern, weil die wirt-  
schaftlichen Verhältnisse sie dazu zwingen, so kann man er-  
rechnen, was durch diesen Uebelstand den Gewerkschaften für  
Ausgaben entstehen, die vermieden oder im Interesse der  
Mitglieder der Gewerkschaften anderweitig verwendet werden  
können.

Diese Ausgaben könnten bedeutend eingespart werden,  
wenn der Kongress die Herausgabe einheitlicher  
Mitgliedsbücher beschließen würde. Solange man  
nicht dazu übergeht, eine einzige Organisation für alle Be-  
rufe zu schaffen, wird wenigstens an die Schaffung einheit-  
licher Mitgliedsbücher im Interesse der Sparfamelei heran-  
gegangen werden. Bereits auf dem letzten Kongress des  
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lag ein bezeich-  
nender Antrag des Fleischerverbandes vor, dem zugleich  
ein Schema über die Beschaffenheit dieser einheitlichen Mit-  
gliedsbücher beilag. Der Kongress überwies diesen Antrag  
nach dem Vorschlag der Statutenberatungskommission dem  
Bundesausschuß zur weiteren Veranlassung mit der Begrün-  
dung, daß schon das Schema abänderungsbedürftig wäre. Als  
heute ist aber über diese Frage noch nichts unternommen  
worden. Gewiß war das vom Fleischerverband vorgelegte  
Muster noch sehr reformbedürftig, aber daß der Antrag  
schlechthin dem Papierkorb anheimfiel, ist doch nicht recht zu  
verstehen. Vielleicht hat man in der Leitung des Allgemeinen  
Deutschen Gewerkschaftsbundes noch nicht die großen Zahlen  
der Uebelstände richtig betrachtet. Vielleicht ist man dort auch  
nicht über den großen Unwillen der Genossen über die  
Plakate, welche bei Berufs- und Arbeitsveränderungen  
durch Ummeldungen in den Verbänden entstehen, informiert.  
Wahrlich würden durch Schaffung einheitlicher Mitglieds-  
bücher die Klagen hierüber, welche man jetzt fast in jeder  
Versammlung hören kann, verkümmern. Da brauchen dann  
nur die Bücher in den Betrieben von den Vertrauensleuten  
abgenommen und der Ortsverwaltung angelegt werden,  
welche wiederum nur auf einem in dem Mitgliedsbuch ein-  
gezeichneten Vordruck die Ummeldung einzutragen hätte.

Es wäre auch noch zu untersuchen, ob nicht überhaupt auch  
die Einführung einheitlicher Formulare am  
Platz wäre und ob nicht durch zentrale Beschaffung von  
Druckaufträgen den einzelnen Verbänden weniger Ausgaben  
entstehen dürften. Es könnten leicht die Druckaufträge durch  
den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vergeben und  
die Kosten von den einzelnen Verbänden im Wege des  
Umlageverfahrens eingezogen werden. Dadurch würden sich  
ohne Zweifel die Druckkosten billiger stellen. Gleichlautende  
Formulare würden dann von einer Druckeret in größerer  
Anzahl anstatt bisher von verschiedenen Firmen bei kleiner  
Anzahl hergestellt werden.

Wäre schließlich noch die Frage, ob nicht durch Zentrali-  
sation des Inkassos der Verbände Beiträge am  
Orte den Gewerkschaften Geld und Zeit gespart würde. Die  
Unter- oder Hilfskassierer des Verbandes müssen oftmals  
weite Wege zurücklegen, um die Beiträge zu kassieren. Viele  
Verbände haben bediente Einkassierer angestellt bzw. zahlen  
einen bestimmten Betrag für jede ungelieferte Beitragsmarke.  
In manchen Haus lausen oftmals 6 bis 8 Kassierer der ein-  
zelnen Verbände. Diese Arbeit und Umstände würden er-  
spart werden, wenn ein Inkasso der Beiträge der Gewerks-  
chaftsmittglieder durch das Gewerkschaftskartell am Orte er-  
folgte. Durch eine vom Gewerkschaftskartell geschickte ange-  
legte Kassierer-Kartothek könnte die Sache vereinfacht wer-  
den. Die Kartelle hätten dann die Beiträge an die einzelnen  
Verbände zu überliefern.

Diese Stellen lassen bezwecken, daß sich die einzelnen Orts-  
gruppen wie die verschiedenen Gewerkschaften mit dieser hier  
aufgeworfenen Frage befassen, damit der am 10. Juni in  
Leipzig tagende 11. Kongress der freien Gewerkschaften  
Deutschland zu der Frage der Vereinfachung und Sparfame-  
keit in der Verwaltung Stellung nimmt und in dem hier dar-  
gelegten Sinne entscheidet. Ernst Roggenbud.

**Schiffe in den Eisfeldern.** Der starke Frost hat die  
Schiffe auf der See vielfach in der Fahrt behindert. An  
einem Tage wurden hier gestern 6 Berklarungen vor-  
genommen, was noch nicht vorgekommen ist. Das  
deutsche Schiff „Emma“ lag vor Arkona in den Eis-  
feldern und wurde von den Eisschollen so bedrängt,  
daß die Schiffschraube und das Ruder außer Betrieb  
gelegt wurden. Plötzlich teilte sich das Eisfeld und  
der Dampfer wurde wieder frei und konnte seine Route  
nach Danzig fortsetzen, wo er am 2. März eintraf. Am  
Bug hat eine Verbeulung stattgefunden und kleine  
Ladungen sind entstanden. Der deutsche Dampfer  
„Volten“ lag auf der Holtenauer Reede im Eise fest.

**Die Jungsozialistenbewegung** ist eine in Deutschland ent-  
standene Bewegung, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die  
jungen Parteigenossen männlichen und weiblichen Geschlechts  
zusammenzuschließen, sie zu Sozialisten zu erziehen und sie  
zeit zu machen für die neue Welt des Sozialismus. Die  
Jungsozialisten wollen die neue Welt gleichsam bereits jetzt  
verkörpern. Jugend wollen wir sein, die da kämpft für die  
heiligsten Güter der Menschheit, die neue Ideen und junges  
Leben dem Sozialismus bringt. Die Jungsozialisten in  
Danzig haben sich grundlegend mit Fragen und Ideen des  
Sozialismus beschäftigt. Hieran wollen wir weiter bauen  
und arbeiten. Dabei soll die ideale Seite der Jungsozia-  
listenbewegung nicht vergessen werden. — Neben der Arbeit  
veranstalten wir gemeinsame Wanderungen und Heim-  
abende, um die Geselligkeit zu pflegen und einander auch  
menschlich näher zu bringen. Alle uns auch fernstehenden  
jungen Genossen männlichen und weiblichen Geschlechts  
werden aufgefordert, sich der Jungsozialistengruppe anzu-  
schließen und unsere Reihen zu stärken. Am Freitag, abends  
7 Uhr findet eine Versammlung der Jungsozialisten in der  
Schule Heilige Geistgasse 111 statt. Genosse Erich Probst wird  
über das Thema „Jugendbewegung und Sozial-  
ismus“ sprechen. Anschließend erfolgt Aussprache.  
Junge Genossen und Genossinnen erscheint alle zu dieser  
Versammlung.

**Diebstahl auf dem Lande.** Der Fleischer E. Sch. in  
Schidlig stand vor dem gemeinsamen Schöffengericht  
unter der Anklage des Einbruchdiebstahls auf dem  
Lande. Einer Arbeiterfrau wurden zwei Hühner und  
einer Besitzersfrau ein Pferd mit Schlitzen, ein Zucht-  
schaf und zwei Zuchtgänse gestohlen. Der Verdacht  
lenkte sich auf Sch., der aber die Tat bestreitet. Er war  
aber in seiner Diebstahlsnacht bei einer Arbeiterfrau

am Fenster und wollte einen Sack geliehen haben.  
Einem andern Arbeiter brachte er am Morgen einen  
Sack, in dem ein totes Schaf war, das er später ab-  
holen wollte. Die Sacke sind verschwunden. Pferd  
und Schlitzen wurden später herrenlos gefunden. Das  
Gericht gewann die Überzeugung, daß Sch. beide Dieb-  
stahle ausgeführt habe. Das Urteil lautete auf 1 Jahr  
3 Monate Gefängnis. Zwei Arbeiter waren ange-  
klagt, bei dem Diebstahl mitgewirkt zu haben. Sie  
wurden aber freigesprochen, da sich für ihre Mitwirk-  
lung kein Anhalt bot.

**Dr. Besenig.** Einen Eindruck verübten Diebe bei  
dem Gutbesitzer Jaekel. Sie hatten in dem Stall desselben  
ein Schwein geschlachtet und waren unter Zurücklassung des  
Kopfes und der Eingeweide mit dem Fleisch abgegangen. Für  
sinnlose Ueberreaktion hatten die Besucher außerdem noch  
Vorsorge getragen. Den Kopf des Tieres hatten sie dem  
Gutbesitzer nämlich vor die Haustüre gestellt, um ihn bei  
dem Geränderten vor die Türe sofort von der „Notzuschla-  
tung“ in Kenntnis zu setzen.

## Aus dem Osten.

### Der Metallarbeiterstreik in Ostpreußen.

In Ostpreußen stehen die gesamten Metallarbeiter  
seit Anfang Februar d. Js. im Streik. Die Uöhne sind  
in sehr vielen Betrieben für die gelehrten Arbeiter  
nicht viel höher als die Entschädigung, die der Lehrling  
im Westen Deutschlands im vierten Jahre seiner  
Lehrzeit erhält.

Aber auch der Herrenstandpunkt der Unternehmer  
gegenüber den Rechten der Arbeiter mußte die größte  
Empörung auslösen. Der Achtstundentag besteht in  
den meisten Betrieben nicht mehr. Das Mitbestim-  
mungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn-  
und Arbeitsbedingungen, wie es im § 105 der Reichs-  
verfassung festgelegt ist, existiert für den Verband der  
Metallindustriellen des Ostens nicht, dem die meisten  
Betriebe angeschlossen sind. Die Organisation der  
Arbeiter ist für diese Herrschaften einfach Lust. Die  
Firma Schichau, Elbing, ließ durch die bürgerlichen  
Zeitungen erklären, daß sie nicht weiß, warum die  
Arbeiter streiken, da Forderungen von diesen nicht ge-  
stellt sind. Die Forderung, die der Metallarbeiter-  
verband gestellt hat, geht sie nichts an, da sie den-  
selben nicht anerkennt.

Auch die Schlichtungsinstanzen werden von dieser  
Gesellschaft sabotiert. Dem Regierungspräsidenten in  
Königsberg, sowie einem Vertreter des Reichsarbeits-  
ministeriums erklärte ihr Syndikus, daß der Metall-  
industriellenverband es ablehnt, vor dem Schlichtungs-  
ausschuß zu erscheinen.

Feiber haben wir den Kampf nicht nur gegen die  
Arbeitgeber, sondern auch gegen einen Teil der Arbeit-  
nehmer zu führen, der uns entweder aus bodenloser  
Dummheit oder weil er von bezahlten Subjekten der  
Unternehmer irreführt ist, den Kampf sehr erschwert.

Die ostpreussischen Metallarbeiter haben den ihnen  
aufgezwungenen Kampf aufgenommen und sind ge-  
willt, ihn durchzuführen, bis die Unternehmer ihren  
Kraffen, an Größenwahn grenzenden Herrenstand-  
punkt aufgeben und Löhne bewilligen, die auch den  
ostpreussischen Metallarbeitern ein menschenwürdiges  
Dasein ermöglichen.

Die Arbeiter im Reiche werden aufgefordert,  
strengste Solidarität zu üben, jede Teilarbeit, die von  
ostpreussischen Firmen der Metallindustrie herkommt,  
abzulehnen und vor allem jeden Zugang von Metall-  
arbeitern nach Ostpreußen fernzuhalten.

### Stenerfabotage der ostpreussischen Agrarier.

Nach einer Arbeit von zwei Jahren sind jetzt in dem größ-  
ten Teil der Provinz Ostpreußen die Steueranforderungen  
heraus. Darob Heulen und Zähneklappen bei den Herren  
Kapitalisten und insbesondere bei den Agrariern. Nach den  
Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz soll  
bei denjenigen Landwirten, die ordnungsmäßig Buch über  
Einnahmen und Ausgaben führen, der budmäßige Reingewinn  
bei der Veranlagung maßgebend sein. Da die  
Finanzämter nicht alle Geschäftsbücher prüfen konnten, haben  
sie, anscheinend auf Grund einer Einigung, den Ertrag je  
nach der Güte des Bodens, durchschnittlich auf je 200 bis 300  
Mark pro Morgen festgesetzt. Dieser Ertrag ist noch außer-  
ordentlich gering gerechnet, wenn man bedenkt, daß ein Mor-  
gen Kartoffelfeld einen Ertrag von mindestens 100 Zentner  
Kartoffeln gleich 6000 Mk. ergibt. Immerhin ergibt sich bei  
Annahme eines Ertrages von 200 bis 300 Mk. pro Morgen  
bei einem Nittergut von 10 000 Morgen ein Einkommen von  
jährlich 2 bis 3 Millionen, also eine Einkommensteuer von  
1 bis 1,5 Millionen. Darob eitel Empörung bei den Agrariern.  
Sie haben nunmehr sämtlich Einspruch eingelegt und be-  
antragt, bis zur Erledigung des Einspruches ihnen die  
Steuer zu stunden. Das bedeutet eine Verzögerung bei Ein-  
ziehung der Steuern um mindestens drei Jahre. Die Groß-  
agrarier erklären, daß sie es mit aller Stuergeizigkeit so  
machen würden; in Berlin könnten sie beschließen, was sie  
wollten, die Steuern und Zwangsanleihen würden von ihnen  
doch nicht gezahlt werden. Sie wollen eben das ganze, ihnen  
verhaftete Steuerwesen sabotieren; deshalb wollen sie den  
Finanzämtern joviell Arbeit machen daß sie nicht ein noch aus  
wissen. Mit Rücksicht auf die fürchterliche Finanznot des  
Reiches erscheint das Verhalten der Agrarier geradezu als  
verbrecherisch. Beamte und Arbeiter, die wahrhaftig nicht auf  
Rosen gebettet sind, haben bereits seit zwei Jahren die Steu-  
ern auf Heller und Pfennig gezahlt, teilweise sogar überzahlt,  
während Kapitalisten und Großagrarier, die heute noch trotz  
der Not des Vaterlandes schlemmen und vollern, sich, nach-  
dem sie zwei Jahre steuerfrei geblieben sind, weigern, ihrer  
Steuerpflicht nachzukommen.

**Königsberg.** Der Totschlag im Wirtshaus-  
streik. Am 29. Dezember vorigen Jahres wurde ein  
Schloßer Mann bei einer Schlägerei in dem Restaurant  
„Steindammer Börse“ von dem Gastwirt Zwanski erschossen.  
Zwanski wurde außer Verfolgung gesetzt, da er die Tat in

Notwehr begangen hat. Dieser aufregende Vorfall hatte nun  
vor der Königsberger Strafkammer ein Nachspiel, das aber  
nicht den Gastwirt Zwanski, sondern den Arbeiter Friedrich  
Hals und den Schloßer Willy Woop, beide von hier, betraf,  
die Teilnehmer an der folgenschweren Schlägerei gewesen  
waren. Manneß soll die Waffe im trunkenen Zustand un-  
unterbrochen betätigt haben. Dabei kam es zu Tätlichkeiten.  
Als Manneß mit erhobenem Messer auf J. eintraß, gab er  
den verhängnisvollen Schuß ab. Je nach dem Grad ihrer  
Beteiligung an diesem Mordhandel wurden die Angeklagten  
verurteilt: Hals zu drei Jahren, Woop zu zwei Monaten  
Gefängnis.

**Königsberg.** Unfall eines Ruderbootes. Ein  
vollbesetztes Ruderboot wurde von den Wellen eines ihm ent-  
gegenkommenden Dampfers gegen die Pfeiler der Holz-  
brücke geschleudert. Das Boot wurde zertrümmert, die Be-  
manning fiel ins Wasser, konnte sich aber durch Schwimmen  
an Land oder auf die am Ufer liegenden Schiffe retten.

**Wlaskalen.** Aus dem dritten Stockwerk abge-  
stürzt ist das 1 1/2 Jahre alte Söhnchen des Arbeiters  
Tinneler. Der Kleine hat merkwürdigerweise keinen Schan-  
den erlitten.

**Denkbrug.** Schwarze Pocken. Da im Kreise Denke-  
brug sieben Fälle von schwarzen Pocken vorgekommen sind,  
von denen zwei tödlich verlaufen, hat das Landesmedizinal-  
amt Memel die Schutzpockenimpfung angeordnet. Die Pocken  
sind in Altauen aufgetreten und in das Memelgebiet einge-  
schleppt worden. Es ist festgestellt worden, daß in den Grenz-  
gebieten Altauen überall die schwarzen Pocken herrschen.

**Stralsund.** Kassierer Meiers Ergebnisse. Zu  
der Verhaftung des Kassierers nach großen Unterschlagungen  
schlichtig gewordenen Kassierers Meier vom städtischen Elek-  
trizitätswerk in Stralsund wird mitgeteilt: Nützlich wurde  
M. mit einer Summe von 60 000 bis 70 000 Mark, von der  
er kurz vor seiner Abreise einen Teil von einer Straßhunder  
Bank abhob, während er den Rest von den von den Stadt-  
kassierern abgelieferten Geldern entnahm. Die Polizei führte  
ihn u. a. nach Wien, Graz, Trieste, Rom, Brindisi und von  
dort aus mit Schiff nach Konstantinopel. Als seine Bar-  
mittel zur Neige gingen, will er den Entschluß gefaßt haben,  
zurückzukehren und sich freiwillig der Polizei zu stellen.  
Dieser Entschluß scheint ihm nicht leicht geworden zu sein,  
denn er wartete; bis die Polizei seinen Aufenthalt ermit-  
telte und ihn in Passau festnahm. Meier war bei seiner  
Festnahme vollständig mittellos, führte aber noch die Kassen-  
und Geldschrankschlüssel mit sich. Er will im ganzen 170 000  
bis 180 000 Mark veruntreut haben.

## Kleine Nachrichten.

Bei den internationalen Boxkämpfen im Berliner Sport-  
palast siegte der Engländer Harry Hocco über den deutschen  
Schwergewichtsmechter Breitenstätter in einem aufregenden  
Kampf nach Punkten.

**Bestrafung deutscher Fischer in Dänemark.** Das In-  
spektionsschiff „Islands Falk“ lief am 2. März mit den  
deutschen Schleppnetzfischern „Dresden“ und „G. W. Fischer“  
in Neuflycht ein, die in isländischen Territorialgewässern  
angehalten worden waren. Das Gericht zu Neuflycht verur-  
teilte die Fischer der beiden Schiffe wegen unerlaubter  
Fischerei in isländischen Territorialgewässern zu je 10 000  
Kronen. Fang und Gerät wurden beschlagnahmt.

Vom Vesuv ist in diesen Tagen wieder eine rege  
Tätigkeit zu melden. Die ätzenden Massen steigen im  
Innern des Kraters rasch, so daß ein heftiger Lava-  
ausbruch befürchtet wird.

## Verfammlungs-Anzeiger

**Sozialdemokratischer Verein:**  
9. Bezirk: Freitag, den 10. (nicht Donnerstag),  
abends 7 Uhr im Blauken Lomden wichtige Be-  
zirksversammlung. Vortrag des Gen. Fr ü n g e l.

**S. P. D. Metallarbeiter-Vertrauensleute.** Freitag, den  
10. März, abends 7 Uhr, in der Petrischule (Zimmer 15),  
Santaplatz, wichtige Sitzung. Vollzähliges Erscheinen ist  
notwendig.

**Verein Arbeiterjugend Danzig:**  
Freitag, den 10. März 1922, abends 7 Uhr, im Helm:  
Mandolinabend. Leiter: Gen. Walter Holländer.

**Deutscher Holzarbeiterverband:**  
Sonntag, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula  
der Petrischule, Santaplatz: Versammlung aller organisier-  
ten Holzarbeiter der Privatbetriebe. Tagesordnung: An-  
nahme des Ergebnisses der Verhandlungen oder weiterer  
Streik!

**Deutscher Metallarbeiterverband.**  
Former und Gießerei-Arbeiter: Sonntag, den 11. 3.,  
bei Müller, Niedere Seigen 8: Außerordentliche Branchen-  
versammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung  
bekanntgegeben.

**Klempner und Installateure:** Sonntag, den 11. 3.,  
außerordentliche Branchenversammlung bei Reimann,  
Fischmarkt. Wichtige Tagesordnung! Jeder erscheine!

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Danziger Werk:**  
Freitag, den 10., Abt. Lokomotivbau 1, Mitglieder-  
versammlung, 3 1/2 Uhr, Maurerherberge.  
Sonntag, den 11., Abt. Lokomotivbau 2, Mitglieder-  
versammlung, 3 1/2 Uhr, Maurerherberge.

Freitag, den 10., Branchenversammlung der Heizungs-  
monteur, nachmittags 4 1/2 Uhr, Maurerherberge. Wichtige  
Tagesordnung.

Freitag, den 10., F. kriische Zentrale, Feuerwehr und  
Sicherheitswehr, 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Saal 70.  
Sonntag, den 11., Tiefbau-, Eisenbahn- und Wasser-  
bauabteilung, 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Saal 70.

Thema in allen Versammlungen: 1. T e u e r u n g u n d  
S o h n f r a g e n. 2. W a h l e n.  
Es haben nur Mitglieder des Verbandes Zutritt, die  
ein Buch vorzeigen.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Don-  
nerstag, den 9., Sektion Gesundheitswesen, bei Seba-  
stian, 8 Uhr abends. — Freitag, den 10., Betriebsver-  
sammlung, Tiefbauamt, 4 Uhr nachmittags, bei Rei-  
mann, Fischmarkt 6.

# Danziger Nachrichten.

## Aus dem Volkstag.

**Eine große Aufgabe der Sozialdemokratischen Fraktion.**  
Nach Stellungnahmen in verschiedenen Teilen Deutschlands die neue Getreideregulierung von gewissenlosen Händlern schon jetzt zu Preisen aufgekauft worden, die eine vielfache Verteuerung des Brotes und der Mühlenfabrikate befürchten lassen. Ist das dem Senat bekannt und was gedenkt er zur Verhütung solcher Vorgänge in der Freien Stadt Danzig zu veranlassen? Arczynski und die übrigen Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion.

## Antrag auf Strafvollstreckung gegen Rahn und Schmitt.

Dem Volkstag ist ein Antrag des Oberstaatsanwalts zugegangen, die Genehmigung zur Strafvollstreckung an den durch Urteil vom 10. Oktober 1921 verurteilten Abgeordneten Rahn und Schmitt zu erteilen.

Hoffentlich begründet sich der Volkstag nicht, indem er sich zum Mittel der Justiz macht.

**Ausbau und Verbesserung der Land- und Schulen verlangt ein Antrag der Deutschen Partei.** Der Antrag verlangt, daß 1. die überfüllten Landschulklassen aufgestellt und in entsprechender Zahl neue Lehrkräfte eingestellt werden, 2. mit der Einrichtung von Ausbauschulen begonnen wird. Auch unbenutzte begabte Landschüler ist durch Gewährung von Freistellen, freien Lernmitteln und ausreichenden Erziehungsbefehlen der Besuch der zur Hochschulpflicht führenden Schulen zu erleichtern.

Die Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins betr. Stellungnahme zum Wohnungsunterhaltungsgesetz wurde vom Stadtschulsausschuß beraten. Er empfiehlt, die Eingabe dem Senat zur Erwägung zu überweisen.

## Der Standpunkt der Mieter zu den Hausbesitzerforderungen.

Zu der Versammlung des Haus- und Grundbesitzerverbandes im Schützenhause wird uns vom Mieterverein geschrieben: Der Vorklage der Hausbesitzer steht gegenüber die Notlage vieler Tausender von armen Mietern, Witwen, Kleinrentner, welche die Schuld an ihrem Elend nicht tragen. Tatsache ist, daß der Hypothekenzinssatz nicht gestiegen ist. Tatsache ist, daß durch Spekulation die Grund- und Bodenwerte ins Unermessliche gestiegen sind. Tatsache ist, daß viele schlaue Hausbesitzer ihren Besitz zu so unnatürlich hohen Preisen gekauft haben, daß schon ihr gesunder Menschenverstand sie von dem Kauf hätte zurückhalten müssen. Die Mieter sind nicht dazu da, die frivolen Spekulationshandlungen gewisser Hausbesitzer mit ihrem Geldbeutel zu decken.

Die Hausbesitzer sind verschieden. Manche halten ihr Haus in guter Ordnung. Andere aber sind gedankenlos, unordentlich, lauern nur auf einen möglichst großen Verdienst. Die Hausbesitzer haben jahrelang die für Ausbesserungen des Hauses von dem Mietsbetrag zurückzuliegenden Geldbeträge in ihre Taschen gesteckt. Selbst notwendige Reparaturen sind unterlassen worden. Bei solcher Wirtschaft ist an eine Aufhebung der Zwangsbeziehung nicht zu denken. Die Behörde könnte es nie vertreten, daß die Häuser bis zum Einstürzen vernachlässigt werden. Die Behörde hat die Pflicht, Leben und Gesundheit aller Staatsbürger zu wahren, zu denen auch die Mieter gehören.

Tatsache ist, daß mit Grund- und Bodenpreissteigerungen fast sofortige Preissteigerungen selbst der notwendigsten Lebensmittel, sowie aller anderen Gegenstände eintreten.

Die Mieter haben verschiedentlich die 80prozentige Mieterhöhung anerkannt, sie haben den Hausbesitzern Flurbeleuchtung, Wassergeld, Schornsteinfegergeld, mehrfach auch Straßenreinigung bewilligt. Wenn also von den Mietern Entgegenkommen und Friedfertigkeit bewiesen wird, so sind Hebräen gegen die Mieter, Ausdrücke wie „Der Mieter haßt den Hausbesitzer“ von gebildeten Menschen ganz unverständlich. Die Hausbesitzer bekämpfen das Zustandekommen und das Wertzuwachssteuergesetz. Das Gesetz wird gegeben, um Streitpunkte gerecht zu schlichten, um die Sachen ordentlich zu verwalten. Die Hausbesitzer wollen diese Gesetze nicht haben, mithin wollen sie nicht, daß allgemeine Richtlinien gegeben, daß Streitpunkte gerecht geschlichtet, daß die Sachen ordnungsgemäß verwaltet werden. Sie wollen für sich alle Freiheit, um den Mieter ordentlich knebeln zu können. Dann drohen sie mit Verkauf an Ausländer.

Nun zum Schluß. Beneiden die Hausbesitzer wirklich Vermieter um einen Verdienst? Die Kleinrentner, die einzigen, welche die allerwertigste Schuld an ihrem Elend haben, sind doch auf einen solchen Verdienst angewiesen. Der Mieter gibt bedeutende Wertgegenstände zur Abnutzung. In einem Jahre kann ihm das bei achtlosiger Behandlung der Möbel durch den Vermieter sehr teuer zu stehen kommen. Freundliche Verständigung auf einer gerechten Basis wird von Einsicht, Gerechtigkeitgefühl und treuem Eifer, das Wohl der Menschheit zu fördern, zeugen und sich Dank erwerben.

## Ende des Streites um das Gut Renkau.

Wie bekannt, war zwischen der hiesigen Bauernbank und Herrn Puppel ein Rechtsstreit um das Eigentum an dem Gut Renkau entbrannt, der in erster Instanz von dem hiesigen Landgericht zugunsten der Bauernbank entschieden war. Herr Puppel legte gegen das Urteil Berufung beim hiesigen Obergericht ein, wandte sich aber gleichzeitig, um eine endgültige Entscheidung des Obergerichtes zu verhindern, an die hiesige diplomatische Vertretung der Republik Polen. Diese ersuchte den Danziger Senat um Erhebung des Kompetenzkonfliktes mit der Begründung, es handle sich in dem Rechtsstreit um ein Vermögensobjekt im Sinne des § 248 des Friedensvertrages, über das lediglich die Wiedergutmachungskommission, nicht aber ein hiesiges Gericht zu entscheiden habe. Nachdem der Senat dieses Gesuchen auf Grund seiner abweichenden Auffassung von der Rechtslage abgelehnt hatte, rief die polnische diplomatische Vertretung die Entscheidung des Oberkommissars an. Der Oberkommissar schloß sich der Auffassung des Senats an und erklärte sich für unzuständig. Hiergegen legte die polnische diplomatische

Vertretung Berufung beim Obergericht ein. Dieser wiederum ein Gutachten der Wiedergutmachungskommission ein, die sich der Auffassung des Senats und des Oberkommissars anschloß und ihre Zuständigkeit in dieser Sache verneinte. Der Rat des Völkerbundes verlagte seine Entscheidung, nachdem Danzig und Polen sich auf sein Ansinnen bereit erklärt hatten, nochmals einen Versuch der Einigung in dieser Angelegenheit zu machen.

Eine solche Einigung ist nun zustande gekommen, und zwar zwischen den Prozeßpartei. Trotz der für sie günstigen Rechtslage, hat sich die Bauernbank mit Herrn Puppel verallien. Dieser hat auf seine angeblichen Rechte auf Renkau verzichtet; die Bauernbank hat ihm dagegen ein anderes, kleineres und zu Erziehungszwecken weniger geeignetes Stück Land, das an St. Reipin angränzt, kaufweise überlassen. Damit hat dieser Rechtsstreit sowohl vor dem Völkerbund als auch vor dem hiesigen Obergericht seine Erledigung gefunden.

## Die rote Kranzschleife und der deutschnationaler Pfarrer.

Einen eigenartigen Verlauf nahm die Beerdigung eines im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen, der auf dem Heil. Beichnamtskirchhof seine Ruhestätte fand. Die Kollegen ehrten den Toten durch einen Kranz mit roter Schleife. Daran nahm niemand Anstoß, bis auf den schon unruhig bekannten Pfarrer Dube in Langfuhr. Als dieser die Leichenhalle betrat, erklärte er sofort: „Der Kranz wird nicht auf den Sarg genagelt und darf nicht getragen werden, sonst nehme ich an der Beerdigung nicht teil.“ Natürlich erregte diese Stellungnahme des Seelenhirten Anstoß. Der Kranz wurde trotzdem vorangetragen. Als Dube das bemerkte, beschleunigte er die Frau des Verstorbenen, sich die rote Schleife zu verbitten. Daraufhin wurde die rote Schleife zusammengeknallt getragen.

Damit war die Sache aber noch nicht erledigt. Als Herr Dube sich seine Arbeit so leicht wie möglich gemacht und bei der Beerdigung mit keinem Wort der Beerdigten gedacht hatte, fühlte er sich noch bemüht, dem Totengräber in Gegenwart des Trauergefolges eine Moralpredigt zu halten. Im Verlaufe der Unterhaltung mußte sich der unbeduldsame Pfarrer vor einem Kollegen lassen, daß er an der roten Kranzschleife Anstoß nehme, aber das von den Verbandkollegen gesammelte Geld gern zur Bezahlung seiner schweren Arbeit annehme. Herr Dube erwiderte nur, daß er deutschnational bis auf die Knochen sei. Die Arbeiter haben auf diese Weise eine Probe deutschnationaler Gesinnung erhalten, die sicherlich ihre Wirkung tun wird.

Die einzige richtige Antwort auf das Verhalten des Herrn Dube ist, daß man auf die Tätigkeit dieses Gottesdieners verzichtet. Die Feier hätte einen viel würdevolleren Verlauf genommen, wenn der Herr nicht dabei gewirkt hätte.

**Erhöhung der Krankentransportkosten.** Infolge der außerordentlich erhöhten Unkosten hat sich der Senat genötigt gesehen, die Kosten von Krankentransportleistungen mit den städtischen Krankentransportwagen zu erhöhen. Die in der heutigen Bekanntmachung veröffentlichten neuen Sätze bleiben weit hinter den Selbstkosten zurück, um die Benutzung der Krankentransportwagen nicht allzu sehr zu verteuern.

**Fremde in Danzig.** Volkseigentlich sind gemeldet insgesamt 1410 Fremde, davon aus Polen 670, Deutschland 440, Litauen 88, Amerika 81, Mexiko 18, Ukraine 17, Dänemark 14, Holland 18, Desterreich 11, England 10, Frankreich 9, Dänemark 8, Rumänien 7, Tschechoslowakei 6, Schweden 5, Italien 4, Estland 3, Memel 3, Schweden 3, Griechenland 2, Ungarn 2, Norwegen 1, Spanien 1.

**Arbeiter-Bildungsanstalt.** Am Sonnabend, den 11. März, abends 8 Uhr, findet der erste Vortrag der Vortragsreihe des Gen. Dr. Kammiger über Haydn, Mozart, Beethoven statt. Vortragort ist der Singaal der Petrischule am Hansaplatz. Der Eintrittspreis beträgt pro Abend 1 Mk. Karten sind an der Kasse erhältlich.

**Planloser Zugang in das rheinisch-westfälische Industriegebiet** bringt die zureisenden Arbeiter in die schlimmsten Situationen. Findet sich auch Arbeit, so ist eine Unterkunft, selbst der primitivsten Art, nicht zu finden. Immer wieder wandern die Zureisenden ohne Aussicht auf Erfolg von Stadt zu Stadt und verbrauchen ihre Mittel, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Die Bahnstöße bieten in steigendem Maße wahre Elendsbilder dieser planlos Zureisenden. In den Städten des Industriegebietes besteht ein derartiger Wohnungs- und Nahrungsmangel, daß die Behörden nur den durch einen Arbeitsnachweis oder ein Wanderarbeitsamt für eine bestimmte Firma vermittelten Arbeitern ein Unterkommen vorher bereitstellen. Alle ohne solche Vermittlung Zureisenden müssen, selbst wenn sie Arbeit finden würden, abgewiesen werden. Es kann daher nicht dringend genug vor einem planlosen Zugang gewarnt werden.

**Danzig vom Flugzeug aus.** Am kommenden Sonntag wird Dr. Edward Carstenn im Deutschen Heimatbund einen Lichtbildervortrag halten. Zum ersten Male sollen hier Aufnahmen vorgeführt werden, die von der Deutschen Luftreederei hergestellt wurden. In mehr als 30 Lichtbildern werden Ansichten der Danziger Bucht, der Stadt Danzig und ihre einzelnen Teile vom Flugzeug aus gezeigt. Da die Flug-Rundfahrten über Danzig der Kosten wegen nicht von jedem man unternommen werden können, so wird hier weiten Kreisen der Genuß einer solchen Fahrt wenigstens im Lichtbild geboten.

**Die Wäshenot.** Das Dienstmädchen M. B. und dessen Mutter hatten sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten. Das Mädchen war bei einer Wäshin in Stellung und entwendete hier Wäsche im Werte von 2000 Mark, die es der Mutter brachte. Das Gericht verurteilte das Mädchen und seine Mutter zu je 6 Monaten Gefängnis wegen Diebstahls und Beihilfe.

**Wenn der Geburtskaden reißt.** Der Stillschrankenwärter A. D. in Danzig wohnte in einer sehr schlechten Wohnung und steht bereits seit zwei Jahren auf der Liste der Wohnungsuchenden beim Wohnungsamte. Seine Bemühungen um eine Wohnung waren ergebnislos. So ging er geladen am 2. November zum Wohnungsamte und wurde hier sehr laut und ungebührlich. Er nannte die Beamten Wohnungsschieber. Er ließ sich auch nicht zur Ruhe verweisen. Es wurde nach der Polizei telephoniert, die aber nicht zu haben war. D. fragte nun nach einiger Zeit, ob die Schreye nicht

bald da wäre. Er wurde so belästigt und die Wohnungsschieber verhaften lassen. Das Wohnungsamte sei ein Bureaumt. Nun wurde er von den Beamten hinausgeführt. Er hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht nahm Rücksicht darauf, daß sich der Angeklagte in einer verständlichen Erregung befunden habe. Wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung wurde er zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Die Kosten des Hofenaussschusses.** Das Defizit des Hofenaussschusses beträgt für 7 Monate des vergangenen Jahres 10 Millionen Mk. Für das laufende Jahr wird mit einem Defizit von 24 Millionen Mark gerechnet; man schätzt die Einnahme auf 13 Millionen und die Ausgabe auf 37 Millionen Mark. Das Defizit muß von Danzig und Polen gedeckt werden. Wie die Berechnung endgültig erfolgt, ist noch nicht festgelegt. Bis dahin haben Danzig und Polen je die Hälfte zu tragen.

**Volkshochschule: Urania-Abend.** Es ist ein anerkanntwertes Bestreben der Volkshochschule, dem Danziger Publikum gute Filmkunst zu bieten. In den Kinos gehen leider auch die seltenen guten Filme in dem allgemeinen Rißsch unter. Wenn in manchen Städten ähnliche Bestrebungen nach kurzer Zeit scheiterten, so lag das daran, daß man bei der Zusammenfassung des Spielplanes zu einseitig vorging. Mit belehrenden Filmen allein kann man auf die Dauer kein Kino füllen. Aber wir haben erziehlicher Weise auch schon eine Anzahl von Unterhaltungsfilmen, die allen künstlerischen Anforderungen entsprechen. Diese erscheinen zwar auch in den anderen Kinos einmal auf dem Spielplan und sind damit aber für alle Zeiten dem kritischen Kinopublikum entzogen, da die privaten Kinobesitzer glauben, daß man dem Publikum immer neue Sensationen vorsetzen müsse. Die Verankalter der Urania-Abende werden sich sicher den Dank des kritischen Kinopublikums sichern, wenn sie diese Meisterwerke der Kinokunst hin und wieder zur Vorführung bringen würden. Wir denken dabei an Filme wie „Der Student von Prag“, „Die Gebrüder Karamazoff“, „Madame Dubarry“ u. a.

Welch künstlerische Vollendung die Filmkunst erreichen kann, zeigte der gestern vorgeführte Film „Das Kabinett des Dr. Caligari“. Der von der Spielsetzung im Film angewandte Expressionismus gibt der Handlung höchste Eindringkraft. Man erlebt die phantastische Romanik eines Th. A. Hoffmann. Unter den Darstellern ist besonders Werner Krauß zu nennen, der im Dr. Caligari eine Gestalt schafft, die man nicht aus dem Gedächtnis verliert. Das Programm bot ferner Ausnahmen aus dem Tierleben, die um so größeren Reiz hatten, als sie nicht in unseren zoologischen Gärten, sondern in den Steppen und Wäldern Afrikas aufgenommen waren.

Bei der Vorführung des „Dr. Caligari“ wollten einige Herrschaften ihr mangelndes Verständnis für neuere Kunstformen durch lautes Schwätzen und Lachen den anderen Besuchern kundtun. Wie wir erfahren, soll es sich in einem Falle sogar um einen hiesigen Oberlehrer handeln. Die „gebildeten“ Störenfriede mußten sich bei der Vorführung von einfachen Arbeitern fügen lassen, wie man sich unter Menschen zu benehmen hat. Vielleicht wirkt auch Senator Strunk in dieser Beziehung auf die ihm nicht unbekannt Herrschaften ein.

**Polizeibericht vom 9. März 1922.** Verhaftet: 18 Personen, darunter: 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Betruges, 8 in Polizeihaft. — Obdachlos: 4 Personen.

**Eingabe.** Zu der Eingabe an den Volkstag erhebt eine Reihe Arbeitsloser aus den Gemeinden Wolfsdorf, Halendorf und Horstebusch Beschwerde dagegen, daß auf Entscheidung des Amtsvorstehers Albrecht aus Eingabe ihnen die Erwerbslosenunterstützung entzogen wurde. Die Einsender berufen sich auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung und auf den Beschluß des Volkstages vom 27. 1. 1922, wonach auch den erwerbslosen Bauarbeitern während der Zeit der Erwerbslosigkeit die Unterstützung wie an alle anderen Arbeiter gezahlt werden soll. Im Sozialen Ausschuss wurde festgestellt, daß in oben genannten Gemeinden große Arbeitslosigkeit herrscht, weil die Bewohner vor der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich vorwiegend jenseits der Rogat, also in Deutschland, Beschäftigung fanden. Unter den heutigen Verhältnissen ist es der verhältnismäßig starken Arbeiterbevölkerung leider nicht möglich, dauernde Arbeit zu erhalten. Ihre Not ist durch die lange Arbeitslosigkeit außerordentlich groß geworden, so daß Abhilfe geschaffen werden muß. Die Einsender verlangen in erster Linie Arbeit, und wenn die nicht nachgewiesen werden kann, Unterstützung. Der Sozialer Ausschuss beantragt aus diesen Gründen, die Eingabe dem Senat zur Berücksichtigung zu überweisen.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	5,80—82	am Vortage	5,70—80
Amer. Dollar :	248—50		256—58
Englisches Pfund:	1080—90		1140

## Wasserstandsnotizen am 9. März 1922.

	7. 3.	8. 3.		
Zowichost . . .	+ 2,50	+ .	Kurzbrack . . .	+ 3,22 + 5,02
	7. 3.	8. 3.	Montauerpige . .	+ 5,47 + 5,22
Warshau . . .	+ 3,56	+ 3,30	Pleshel . . . . .	+ 5,74 + 5,58
	7. 3.	8. 3.	Dirschau . . . . .	+ 5,68 + 5,42
Plack . . . . .	+ 3,45	+ .	Eingabe . . . . .	+ 3,78 + 3,74
	8. 3.	9. 3.	Schlewenhorst . .	+ 3,36 + 3,38
Thorn . . . . .	+ 4,56	+ 4,32	Rogat:	
Fordon . . . . .	+ 4,38	+ 4,27	Schönau D. P. . .	+ 6,62 + 6,66
Culm . . . . .	+ 4,49	+ 4,35	Balgenberg D. P.	+ 4,68 + 4,74
Graudenz . . . .	+ 4,76	+ 4,56	Reuhorsterbüh . .	+ 2,08 + 2,10
			Anwachs . . . . .	+ 1,29 + 1,16

Eisbericht vom 9. März 1922. Weichsel: Von Km. 0 (Schilino) bis zur Mündung Strom eisfrei. Eisbrechdampfer „Na“ und „Jerse“ in Schlewenhorst, die übrigen in Eingabe. — Rogat: Eisdecke. (Vorkünftig letzter Eisbericht.)

**Gosda Schnupftabak**  
garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Häkergasse 8.

# Aus aller Welt.

Der Kronenbrot-Großmann wird wahrscheinlich schon in einer der nächsten Schwurgerichtsperioden zur Aburteilung kommen. Großmann hat sich nach seinem schweren fesseligen Zusammenbruch wieder erholt und wird sich vor dem Schwurgericht in vier Fällen des Frauenmordes zu verantworten haben. In drei Fällen hat er die Tat eingestanden und unter dem erdrückenden Beweismaterial die Angaben der Zeugen und die Ermittlungen der Kriminalpolizei bekräftigen müssen. In dem vierten Fall bestreitet Großmann noch die Schuld; das Beweismaterial, das gegen ihn zusammengetragen wurde, ist aber so belastend, daß an der Täterhaft Großmanns auch in diesem Falle nicht gezweifelt werden kann.

Die Leiche im Kesselkoffer. Bei der Kriminalkammer im Leipziger Hauptbahnhof wurde am Montag abend von Dienstmännern ein Kesselkoffer abgegeben, der ihnen zur Beförderung nach einem Zuge übergeben worden war und in dem die Leiche eines gut gekleideten Mannes gefunden wurde. Dem Toten war der Kopf vom Rumpfe getrennt. Als der Tot bringend verdächtig wurde die etwa 47 Jahre alte Witwe Hoffmann, die der Ermordete näher kannte und geschäftlich mit ihr zu tun hatte, verhaftet. Sie leugnet bis jetzt die Tat.

Von einer einflügelnden Mauer erschlagen. Eine Mauer der Straße durch Brand teilweise zerstörten Chamottfabrik in Penarth stürzte infolge des herrschenden Sturmes auf eine Arbeiteraufenthaltskammer und begrub 12 Arbeiter unter sich, die in der Mitte Mittagspause hielten. Nicht Arbeiter, meist Familienmitglieder, konnten nur als Leichen geborgen werden.

Von den übrigen vier Arbeitern sind zwei schwerverletzt. Einer von ihnen ist seinen Verletzungen auf dem Transport ins Krankenhaus erlegen. Die Leisten beiden sind leicht verletzt.

Opfer des Sturmes. Bei einem orkanartigen Sturm stürzte in Brüssel eine entzweierte Linde auf einen Straßenbahnwagen. Zwei Personen wurden getötet. In dem Ervort Blut führte ein Kamin in einen Fabrikraum, wobei zwei Mädchen den Tod fanden.

Ein Großfeuer brach in der Futetrikerei des Kabelwerks der Siemens-Schubert-Werke in Gartenfeld bei Spandau aus. Die Flammen fanden an den riesigen Vorräten an Jute und Leinwand Nahrung. Von dem Gebäude blieben nur noch Mauerreste übrig.

Geißelnde Maskenfeste. Auf dem Ball in der Großen Wilder in Riga erschienen zwei Schneeballmasken, deren Kostüme vollständig aus Seidenpapier hergestellt waren. Während des Festes hörte man plötzlich einen Schrei, und eine der Schneeballmasken fand in loderbenden Flammen. Die Unglückliche trug schwere Brandwunden davon.

In der Kalkgrube verbrannt. In der Fabrik von Buchwald u. Co. in Gerbede in Westfalen stürzte der 21 Jahre alte Arbeiter Fritz Wöpel in eine Kalkgrube, in der er einige Stunden bewußtlos liegen blieb, ehe seine Kollegen ihn fanden. Mit schweren Brandwunden am ganzen Körper wurde er ins Krankenhaus gebracht. Es ist noch fraglich, ob dem jungen Manne das Augenlicht wird erhalten werden können.

Widelhanbe und Spiritismus. Am Freitag veranstaltete in Eisleben ein Psychologe einen Gastspielabend. Als er im zweiten Teile Experimente des Ge-

bankensüßere anführte, schritt plötzlich die Polizei ein und verbot die Fortsetzung, weil der Verdacht schädlicher Einwirkung auf den menschlichen Körper nahegelegt. Ein gewaltiges Grollen des Publikums war die Folge dieser polizeilichen Maßnahme, die trotzdem zur Auflösung der Vorstellung führte.

Millionenklagen von Frachtbriefen. Ein großer Schieberprozeß wurde vor den Kölner Geschworenen verhandelt. Es handelt sich um Frachtbriefklagen um Millionenbeträge und zwar in Kaffee, Ölen, und Kokoßfetten. Der Hauptangeklagte erhielt acht Jahre Zuchthaus, 11 000 Mark Geldstrafe und zehn Jahre Ehrverlust. Die anderen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.



Verantwortlich für Politik Ernst Doops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Ewert in Oliva. — Druck von J. Geßl & Co., Danzig.

**Nachruf**  
Durch die vor einigen Tagen erfolgte Todeserklärung wurde uns die traurige Gewißheit, daß unser Genosse, der Schriftsteller

## Friedrich Rohde

aus russischer Gefangenschaft nicht wiederkehrt. Die Partei verliert in dem Verstorbene einen tüchtigen Genossen, der vor dem Kriege seine ganze Kraft für die Partei einsetzte.  
Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten!

**Sozialdemokratische Partei der Stadt Danzig.** (6243)

**Amiliche Bekanntmachungen.**

**Erhöhung der Krankenförderungskosten.**  
Ein Krankentransport durch die städtischen Krankenwagen kostet vom 10. März 1922 ab innerhalb des Stadtbezirks 70.— Mk.  
Von und nach außerhalb werden für den Kilometer 15.— Mk., bei Landwegen 20.— Mk. berechnet.  
Danzig, den 8. März 1922. (6248)  
Der Senat.  
Verwaltung der Stadtgemeinde.

**Verdingung.**  
Die nachstehend bezeichneten im Staatsanzeiger vom 4. März 1922 veröffentlichten Verdingungstermine werden hiermit aufgehoben und folgende Termine festgelegt:

- Kanalisations- und Wasserleitungsanlagen, Freitag, 17. März, 10 Uhr, Baubüro Brösener Weg, Baracke 9,
- Tischlerarbeiten Bärenweg, Sonnabend, 18. März, 10 Uhr, Baubüro Brösener Weg, Baracke 9,
- Tischlerarbeiten Ziganenberg, Freitag, 17. März, 10 Uhr, Rathaus Langgasse, Zimmer 74. (6247)

Der Senat. Siedlungsamt.

**Deutscher Heimatbund**  
Lichtbildvortrag des Herrn Dr. Carstenn:  
**Danzig vom Flugzeug aus.**  
Aufnahmen der deutschen Luftstreitkräfte, Sonntag, den 12. März, abends 8 Uhr, Aula der Oberrealschule am Hansaplatz.  
Mitglieder 1 Mk., sonst 3 Mk. (6245)

**Neu erschienen!**

**Acht Monate in polnischen Gefängnissen**  
von  
Dr. Richard Wagner.  
Preis 11 Mark.

**Verlag Volkswacht**  
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

**Sämtl. Drucksachen**  
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen  
Buchdruckerei J. Gehl & Co., Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3260

**Stadttheater Danzig.**  
Direktion: Rudolf Schaper.  
Heute, Donnerstag, den 9. März, abends 6 1/2 Uhr, Dauerkarten D 1.

## Tannhäuser

und der Sängerkrieg auf der Wartburg  
von Richard Wagner.  
In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brischke.  
Musikalische Leitung: Otto Selberg.  
Inspektion: Otto Friedrich.

Tannhäuser . . . . . Carl Wenckhaus a. O. a. E.  
Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.  
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 1.  
Gasparone. Operette.  
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2. Des Eises Schatten. Lustspiel.  
Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr. Ermäßigte Preise.  
Zum letzten Male. Frauenkammer. Lustspiel.  
Sonntag, abends 6 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gastspielpreise. Einmaliges Gastspiel der Kammerjägerin Melanie Kurt. Die Walküre.  
Montag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2. Der Barbier von Sevilla. Oper.

**Wilhelm-Theater**  
vereint mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

**Morgen, Freitag, den 10. März, abends 7 1/2 Uhr**  
Kassenöffnung 6 Uhr

## „Walzertraum“

Operette in drei Akten von Oskar Strauß.  
Sonntag, den 12. März:  
**Der keusche Lebemann**  
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (6195)

**„Libelle“**  
Täglich: Musik, Gesang, Tanz

**Brennholz**  
absolut trocken, Verkauf im Provinzialamtshuppen,  
**Hauptstraße 70.**  
Georg Apreck. (6184)

**Warum** (6212)  
ich Herren-, Jünglings- und Einsegnungs-Anzüge enorm billig verkaufe?

**Denn**  
ich habe sämtliche Waren frühzeitig ohne Zoll eingekauft.

**Weinen**  
muß man vor Freude über die billigen Preise in Gebrock-Anzügen, Herrenhosen gestreift, schwarz, blau, Manchester, engl. Leder.

**Wenn**  
Sie Anzüge nach Maß bei mir bestellen, erhalten Sie Garantie für guten Sitz zu staunend billigen Preisen.

**Man**  
muß unbedingt, ohne Kaufzwang, mein Lager besichtigen.

**Auseinander geht**  
man mit dem Bewußtsein, daß  
**Stein's Gelegenheitskäufe**  
Häkergasse 21 pt.  
die billigste und beste Einkaufsquelle ist.  
Kein Personal. Kleine Unkosten.

**Volkspflege**  
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft - Sterbekasse, - kein Polizeiverfall.  
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.  
Ankunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der  
Rechnungsstelle 16 Danzig  
Bruno Schmidt,  
Mattenboden 35.

**Maschinenschriften**  
auch auf poln. Masch. Tages- und Abendkurse  
Otto Slade, Neugarten 11, 1

**Erfolg**  
sicher durch  
Gassner's  
Hühneraugen-Pasta  
Waldemar Gassner  
Danzig  
Schwanen-Drogerie. (6238) (6205)

**3 Merkmale**  
meines  
fabelhaft billigen  
**Ausverkaufs**  
(wegen Hausumbaus)

Herren-Anzüge . 875, 875, 1075 u. h.  
Sommer-Winter, Schlüpfer 290, 1050, 1250 u. h.

Keine Zollkalkulation  
Enorme Warenvorräte  
Verblüffend billige Preise

Gutaway m. Weste 750, 950, 1050 u. h.  
Herren-Hosen . . 125, 165, 195 u. h.  
Herren-Hüte . . von 55 an

Elegante Maßanfertigung  
Reichhaltiges Stofflager  
Fabelhaft billig

Jeder Kunde erhält während des Ausverkaufs  
einen **Extra-Rabatt** von 10%

Trotz meines enormen Lagers besteht die Möglichkeit, daß die besten Sachen schnell vergriffen sind. Deshalb kommen Sie sofort.

**Hirsch** 1. Damm 5  
2. Etage  
Achtstes Etagegeschäft für bessere Herren-Bekleidung. (6242)

**Dr. Oetker's Fabrikate**  
sind Glanzleistungen küchenehemischer Erziehungssachen u. werden von erfahrenen Hausfrauen als Perlen im Küchenschatz bezelohnet.  
Die bekanntesten Marken sind:  
**Dr. Oetker's Backpulver „Backin“**  
**Dr. Oetker's Vanillin-Zucker**  
**Dr. Oetker's Pudding-Pulver**  
**Dr. Oetker's „Gustin“**  
**Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver**  
**Dr. Oetker's Rote Grütze**  
**Dr. Oetker's Einmache-Hülfe**  
u. a. w.  
**Dr. A. Oetker**  
Bielefeld.

**Rinderportwagen**  
mit Verdeck zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis Lütke, Neufahrwasser, Oltwaer Straße 35 a. (†)

Ein grauer (†)  
**Militärmantel**  
preiswert zu verkaufen  
Grafathstraße 6, Hof.

**Haare**  
kauft zu höchstem Preis  
**Robert Kleefeld,**  
Haarhandl., Breitgasse 6.  
6217

**Aufwarterin**  
von sofort gesucht (6237)  
Bangf., Heißbergweg 5,  
1 Treppe links.

**Der gute Geruch**  
der feine Gehalt,  
dazu gehört die  
Rothfroschgestalt!

**Erdal**  
putzt die Schuhe, pflegt das Leder.  
Alleinhersteller Werner & Moritz, A.-G. Meina.